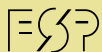




Berufsordnung

Code de
déontologie

Codice
deontologico



www.psychologie.ch

Föderation der Schweizer
Psychologinnen
und Psychologen FSP

Fédération Suisse
des Psychologues FSP

Federazione Svizzera
delle Psicologhe
e degli Psicologi FSP

Berufsordnung

Berufsethische Richtlinie für FSP-Mitglieder (Berufsordnung)

Die vorliegende Berufsordnung setzt sich aus einer Präambel und aus fünf Teilen zusammen: 1) Ethische Prinzipien, 2) Einleitende Bestimmungen, 3) Allgemeine Grundsätze der Berufsausübung, 4) Berufspflichten für bestimmte psychologische Tätigkeiten und Berufe, sowie 5) Schlussbestimmungen.

Präambel

Die Berufsordnung bezweckt, die Ethik und Qualität der psychologischen Leistungen zu gewährleisten, das Vertrauen zwischen Psychologinnen und Psychologen und ihren Klientinnen und Klienten bzw. ihren Patientinnen und Patienten zu fördern, das Ansehen der Psychologieberufe zu wahren und die Öffentlichkeit vor missbräuchlicher Anwendung der Psychologie zu schützen (Art. 2 Abs. 2 FSP-Statuten).

Psychologinnen und Psychologen wenden ihr psychologisches Fachwissen auf menschliches Erleben und Verhalten in verschiedenen Kontexten an und entwickeln es ständig weiter. Zu ihren Tätigkeiten gehören psychologische Beratung, Betreuung, Psychotherapie, Diagnostik, Begutachtung sowie Lehre und Forschung. Ziel ihres professionellen Handelns ist es, das Wohlbefinden und die psychische Gesundheit der Menschen zu fördern und zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen beizutragen. Psychologinnen und Psychologen tragen als Fachpersonen für die psychischen Belange des Menschen eine besondere Verantwortung für die ihnen anvertrauten Personen.

Die Berufsordnung schützt die Rechte und die Integrität aller Personen, die in eine psychologische Tätigkeit einbezogen oder direkt davon betroffen sind. Insbesondere gilt dies für Klientinnen und Klienten bzw. Patientinnen und Patienten, die eine psychologische Leistung in Anspruch nehmen, für Teilnehmende der Aus-, Weiter- und Fortbildung in Psychologie sowie für Versuchspersonen der psychologischen Forschung.

Die Berufsordnung ist für Psychologinnen und Psychologen verbindlich. Sie müssen ihre Berufsausübung an den darin verankerten ethischen Standards orientieren.

Mit dem Beitritt zur FSP verpflichtet sich jedes Mitglied zur Einhaltung der Berufsordnung. Bei Verstößen gegen die Berufsordnung kann eine Beschwerde gegen das betreffende Mitglied bei der FSP eingereicht werden. Mitglieder und Organe der FSP setzen sich dafür ein, dass Gehalt und Tragweite der Berufsordnung bekannt werden.

Die Berufsordnung orientiert sich an den berufsethischen Prinzipien der Europäischen Föderation der Psychologie-Verbände (EFPA): Achtung der Würde und Rechte der Person, Kompetenz, Verantwortung und Integrität¹. Basierend auf diesen ethischen Prinzipien enthält die Berufsordnung vier Teile: einleitende Bestimmungen zum Geltungsbereich und zum Verhältnis der Berufsordnung zu anderen Erlassen (1. Teil), allgemeine Regeln der Berufsausübung, die in allen Bereichen psychologischer Tätigkeit zur Anwendung kommen (2. Teil), besondere Regeln für bestimmte psychologische Tätigkeiten und Berufe (3. Teil), und Schlussbestimmungen zum Vorgehen bei Verstößen gegen die Berufsordnung und zu deren Inkrafttreten (4. Teil).

Die FSP bietet ihren Mitgliedern bei berufsethischen Fragestellungen Beratung und Unterstützung an. Sie erlässt ein Beschwerdereglement, das die Behandlung von Beschwerden gegen Mitglieder wegen Verstosses gegen die Berufsordnung regelt.

Ethische Prinzipien

Die berufsethischen Prinzipien stützen sich auf den *Meta Code of Ethics* der *European Federation of Psychologists' Associations EFPA*. Sie bilden die Grundlage für die nachfolgenden Bestimmungen der Berufsordnung.

1. Achtung der Würde und der Rechte der Person

Die Mitglieder achten und schützen die Grundrechte, die Würde und den Wert aller Menschen. Sie respektieren insbesondere deren Recht auf Autonomie und Selbstbestimmung, auf Vertraulichkeit und Privatsphäre.

2. Kompetenz

Die Mitglieder stellen einen möglichst hohen Kompetenzstandard ihrer psychologischen Tätigkeit sicher und erhalten diesen aufrecht. Sie sind sich der Grenzen

¹ *European Federation of Psychologists' Associations EFPA: Meta-Code of Ethics, Granada 2005 (siehe www.efpa.eu > Ethics).*

ihrer Kompetenzen, ihres Fachwissens und ihrer Möglichkeiten bewusst. Entsprechend wenden sie nur Verfahren, Methoden und Techniken an, für die sie durch Aus-, Weiter- und Fortbildung oder durch Erfahrung qualifiziert sind.

3. Verantwortung

Die Mitglieder sind sich ihrer professionellen Verantwortung gegenüber ihren Klientinnen und Klienten, ihren Patientinnen und Patienten, ihren Kolleginnen und Kollegen sowie gegenüber der Gesellschaft bewusst. Sie vermeiden es, Schaden zuzufügen, und sind für ihr Handeln verantwortlich.

4. Integrität

Die Mitglieder zeigen bei ihrer Berufsausübung, sei es in Praxis, Lehre oder Forschung, eine integre persönliche Haltung. Sie verhalten sich respektvoll, fair und glaubwürdig. Gegenüber den jeweiligen Betroffenen erklären sie ihre Berufsrolle und handeln in Übereinstimmung damit.

1. Teil Einleitende Bestimmungen

Art. 1 Geltungsbereich

Diese Berufsordnung ist für jedes Mitglied der FSP verbindlich, soweit es eine psychologische Tätigkeit ausübt oder sein Verhalten Auswirkungen auf seine Tätigkeit als Psychologin oder Psychologe haben kann.

Art. 2 Verhältnis zu Berufsordnungen von Gliedverbänden

Regelt die Berufsordnung der FSP eine Frage nicht und enthält die Berufsordnung des Gliedverbandes des betreffenden Mitgliedes dazu eine Antwort, so findet diese subsidiär Anwendung.

Bei Widersprüchen zwischen der Berufsordnung eines Gliedverbandes und der Berufsordnung der FSP geht letztere vor.

Art. 3 Verhältnis zur Gesetzgebung

Die Bundesgesetzgebung und die kantonale Gesetzgebung gehen dieser Berufsordnung vor.

Zu den massgeblichen Erlassen zählen insbesondere: *Grund- und Menschenrechte*

- Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR² 101), Teil Grundrechte
- Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK; SR 0.101)
- Übereinkommen vom 4. April 1997 zum Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde im Hinblick auf die Anwendung von Biologie und Medizin

² Systematische Sammlung des Bundesrechts, siehe www.admin.ch.

(Übereinkommen über Menschenrechte und Biomedizin; SR 0.810.2)

- Übereinkommen vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes (UN-Kinderrechtskonvention; SR 0.107)

Berufsrecht

- Bundesgesetz vom 18. März 2011 über die Psychologieberufe (Psychologieberufegesetz, PsyG; SR ...)³
- Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (StGB; SR 311.0), namentlich Art. 321 und 321bis (Berufsgeheimnis)
- Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (ZGB; SR 210)
- Bundesgesetz vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz (DSG; SR 235.1) und kantonale Datenschutzgesetzgebungen
- Bundesgesetz vom 30. März 1911 betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht [OR]; SR 220)
- Bundesgesetz vom 19. Dezember 1986 gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG; SR 241)
- Bundesgesetz vom 13. März 1964 über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz, ArG; SR 822.11)
- Bundesgesetz vom ... über die Forschung am Menschen (Humanforschungsgesetz, HFG; SR ...)⁴
- Kantonale Gesundheitsgesetzgebungen

2. Teil Allgemeine Regeln der Berufsausübung

Auf der Grundlage der berufsethischen Prinzipien sind alle Mitglieder der FSP bei ihrer Berufsausübung verpflichtet, die nachfolgenden allgemeinen Regeln einzuhalten.

2.1 Sorgfaltspflichten, Kompetenzen und Umgang mit ethischen Konflikten

Art. 4 Sorgfaltspflichten

Die Mitglieder üben ihren Beruf sorgfältig und gewissenhaft aus.

Mitglieder beugen vorhersehbaren und vermeidbaren Schäden vor. Sie bemühen sich, Missbräuche ihrer Leistungen zu verhindern.

Mitglieder treffen bei bestehender oder drohender Beeinträchtigung ihrer beruflichen Handlungsfähigkeit die nötigen Vorkehrungen.

Art. 5 Kompetenzen

Mitglieder erbringen in eigener fachlicher Verantwortung nur solche Leistungen, für die sie aufgrund ihrer

³ Anwendbar ab Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes.

⁴ Anwendbar ab Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes.

Aus-, Weiter- oder Fortbildung oder ihrer Erfahrung über die nötigen Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen. Fehlen Mitgliedern die nötigen Kenntnisse oder Fähigkeiten, so lehnen sie einen Auftrag ab oder verweisen die Klientinnen oder Klienten bzw. die Patientinnen oder Patienten an entsprechend qualifizierte Fachpersonen. Vorbehalten bleiben Notsituationen. Mitglieder sind zur ständigen Fortbildung gemäss Fortbildungsreglement verpflichtet.

Art. 6 Umgang mit ethischen Konflikten

Mitglieder bemühen sich, ethische Konfliktsituationen frühzeitig zu erkennen, und suchen dafür Lösungen auf der Grundlage einer sorgfältigen Abwägung der betroffenen Güter und Interessen.

Bei Unsicherheiten hinsichtlich des berufsethisch gebotenen Handelns, oder falls dieses in Konflikt mit der Gesetzgebung oder anderen verbindlichen Regelungen steht, können Mitglieder sich von der BEK beraten lassen.

Mitglieder sind berechtigt, berufsethisch heikles Verhalten anderer Mitglieder der Berufsethikkommission (BEK) der FSP zu melden. Unbegründete und nicht auf klare Verdachtsmomente beruhende Anschuldigungen sind zu unterlassen.

2.2 Gestaltung menschlicher Beziehungen

a) Allgemeine Rechte und Pflichten

Art. 7 Vertragsfreiheit

Mitglieder sind frei, Aufträge von Klientinnen und Klienten bzw. Patientinnen und Patienten anzunehmen oder abzulehnen. Vorbehalten bleiben arbeitsrechtliche Verpflichtungen, behördlich oder gerichtlich veranlasste Massnahmen oder Notsituationen.

Mitglieder drängen ihre Leistungen nicht auf. Sie unterlassen unrealistische Versprechungen über Behandlungs-, Beratungs- oder sonstige Erfolge.

Art. 8 Diskriminierungsverbot

Mitglieder dürfen bei ihrer Berufsausübung niemanden diskriminieren, namentlich nicht wegen des Geschlechts, des Alters, einer Behinderung, der Rasse, der Herkunft, der sozialen Stellung, der Lebensform oder der religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen.

Mitglieder bemühen sich, diskriminierende Verhaltensweisen in ihrem Einflussbereich zu verhindern.

Art. 9 Verbot missbräuchlicher Beziehungen

Mitglieder dürfen die sich aus ihrer Berufsausübung ergebenden Beziehungen nicht missbrauchen. Insbesondere unterlassen sie alle Arten von belästigendem, sexuellem oder ausbeuterischem Verhalten.

Mitglieder verzichten auch auf jede Form von ideologischer oder religiöser Beeinflussung.

Art. 10 Vermeidung von Interessenkonflikten

Mitglieder sind bestrebt, mögliche Interessenkonflikte zu vermeiden. Insbesondere lehnen sie Aufträge bei bestehenden oder drohenden Interessenkonflikten ab. Mitglieder gehen keine multiplen Beziehungen ein, wenn diese geeignet sind, ihr professionelles Urteil oder Handeln zu beeinträchtigen. Eine multiple Beziehung liegt dann vor, wenn das Mitglied neben der beruflichen Beziehung gleichzeitig in einem engen nicht-beruflichen Verhältnis zu einer Person oder zu einer dieser nahe stehenden Person steht oder ein solches eingehen will.

b) Besondere Rechte und Pflichten

Art. 11 Verhalten gegenüber Klienten/innen und Patienten/innen

Mitglieder verhalten sich gegenüber ihren Klientinnen und Klienten oder Patientinnen und Patienten stets professionell und korrekt.

Mitglieder weisen darauf hin, wenn sie auf Veranlassung von Dritten, insbesondere von Gerichten oder Behörden, tätig werden.

Mitglieder klären ihre Klientinnen und Klienten oder Patientinnen und Patienten bzw. deren gesetzliche Vertretung in verständlicher und sachlicher Form hinreichend auf, insbesondere über Art und Umfang der beabsichtigten diagnostischen, therapeutischen oder anderen Verfahren oder Methoden.

Mitglieder führen das Aufklärungsgespräch mit der nötigen Sorgfalt durch. Sie sind bestrebt, dabei unnötige Belastungen der Klientinnen und Klienten oder Patientinnen und Patienten zu vermeiden.

Art. 12 Verhalten gegenüber Berufskolleginnen und -kollegen

Die Mitglieder verhalten sich gegenüber ihrem Berufsstand loyal.

Mitglieder verhalten sich gegenüber ihren Berufskolleginnen und -kollegen kollegial. Namentlich

a) begegnen sie Berufskolleginnen und -kollegen mit Respekt und äussern keine unsachliche Kritik an deren Berufsausübung;

b) zeigen sie kein unlauteres Wettbewerbsverhalten, indem sie beispielsweise Klientinnen und Klienten oder Patientinnen und Patienten, die mit einer Berufskollegin oder einem Berufskollegen in einem Auftragsverhältnis stehen, aktiv abwerben.

Mitglieder dürfen eine Berufskollegin oder einen Berufskollegen vertraulich darauf hinweisen, wenn sie bei ihr oder ihm berufsethisch heikles Verhalten erkennen.

Mitglieder sind verpflichtet, bei Streitigkeiten mit anderen Mitgliedern wegen unkollegialen Verhaltens vor der Einleitung eines zivil- oder strafrechtlichen Verfahrens an die Schlichtungsstelle der FSP zu gelangen.

Art. 13 Verhalten gegenüber Mitarbeitenden und Auszubildenden

Mitglieder sind im Rahmen ihres Zuständigkeitsbereichs verpflichtet, Mitarbeitenden und Auszubildenden angemessene Arbeitsbedingungen, rechtskonforme schriftliche Arbeitsverträge und vertragskonforme Schulung anzubieten.

Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Obligationenrechts und des Schweizerischen Arbeitsrechts (Arbeitsgesetz und einschlägige Spezialgesetze).

Art. 14 Verhalten gegenüber Angehörigen anderer Berufe

Mitglieder verhalten sich gegenüber Mitgliedern anderer Berufsgruppen offen und kooperativ.

2.3 Datenschutz, Schweigepflicht und Dokumentation

a) Datenschutz

Art. 15 Datenschutzkonformität und Datensicherheit

Die Bearbeitung, namentlich die Erhebung, Aufzeichnung, Verwendung, Aufbewahrung oder Bekanntgabe von Personendaten, insbesondere von besonders schützenswerten Personendaten über die Gesundheit oder die Intimsphäre, muss in Übereinstimmung mit der Bundesgesetzgebung und der kantonalen Gesetzgebung erfolgen.

Mitglieder müssen Personendaten, insbesondere auf Datenträgern, vor dem Zugriff und der Kenntnisnahme durch Unberechtigte sichern.

b) Schweigepflicht

Art. 16 Grundsatz

Mitglieder sind zur Geheimhaltung über alles verpflichtet, was ihnen im Rahmen ihrer psychologischen Tätigkeit anvertraut worden ist oder was sie wahrgenommen bzw. erfahren haben.

Die Schweigepflicht der Mitglieder besteht auch gegenüber Angehörigen der Klientinnen und Klienten oder Patientinnen und Patienten, gegenüber Berufskolleginnen und -kollegen sowie gegenüber Vorgesetzten. Mitglieder weisen ihre Mitarbeitenden und Hilfspersonen auf deren Schweigepflicht hin und belehren sie entsprechend. Diese Belehrung ist schriftlich festzuhalten.

Die Schweigepflicht dauert über das Auftragsende hinaus, solange ein Geheimhaltungsinteresse besteht. Dies gilt auch im Fall des Todes der Klientin oder des Klienten bzw. der Patientin oder des Patienten.

Art. 17 Ausnahmen von der Schweigepflicht

Mitglieder sind von der Schweigepflicht befreit gegenüber Berufskolleginnen und -kollegen oder anderen Fachpersonen, die gleichzeitig mit denselben Klientinnen oder Klienten bzw. Patientinnen oder Patienten arbeiten, ausser diese bestimmen etwas anderes. Dies gilt soweit angezeigt auch gegenüber Zuweisenden von Klientinnen und Klienten oder Patientinnen und Patienten.

Mitglieder sind von der Schweigepflicht auch befreit gegenüber Vorgesetzten, Mitarbeitenden und Hilfspersonen, die in fachlicher oder administrativer Hinsicht in ihre psychologische Tätigkeit einbezogen sind.

In diesen Fällen sind Mitglieder von der Schweigepflicht nur soweit befreit, als dies aus fachlichen bzw. administrativen Gründen nötig ist.

Art. 18 Bekanntgabe von geschützten Informationen

Mitglieder dürfen der Schweigepflicht unterliegende Informationen Dritten nur bekannt geben, wenn die nachweisliche Einwilligung der Klientin oder der Klienten bzw. der Patientin oder des Patienten dazu vorliegt, ein Bundesgesetz oder ein kantonales Gesetz dies verlangt, die zuständige Behörde das betreffende Mitglied von seiner Schweigepflicht entbunden hat oder eine akute Notsituation gegeben ist.

Bei der Bekanntgabe dürfen Mitglieder nur die zwingend benötigten Informationen bekannt geben.

Art. 19 Weiterverwendung von geschützten Informationen

Mitglieder dürfen die der Schweigepflicht unterliegenden Informationen zu didaktischen, statistischen, Forschungs- oder Publikationszwecken anonymisiert weiterverwenden.

Informationen gelten als anonymisiert, wenn Rückschlüsse auf konkrete Klientinnen oder Klienten bzw. Patientinnen oder Patienten nicht oder nur mit unverhältnismässigem Aufwand möglich sind.

c) Dokumentation

Art. 20 Aufzeichnung und Aufbewahrung

Mitglieder haben über die im Rahmen ihrer psychologischen Tätigkeit gemachten Feststellungen und getroffenen Massnahmen ausreichende Aufzeichnungen zu machen.

Die Aufzeichnungen sind mindestens zehn Jahre aufzubewahren.

Art. 21 Einsichtnahme in und Herausgabe von Dossier
Klientinnen und Klienten oder Patientinnen und Patienten ist auf Verlangen Einsicht in ihr Dossier zu gewähren, soweit keine überwiegenden Interessen Dritter entgegenstehen. Auf Verlangen ist ihnen eine Kopie ihres Dossiers auszuhändigen.

Die Verweigerung des Einsichtsrechts oder der Rückbehalt der Dossierkopie, insbesondere wegen Nichtbezahlung von Honorarrechnungen, ist unzulässig.

Art. 22 Aufzeichnungen auf Bild- und Tonträgern
Mitglieder dürfen nur nach vorgängiger schriftlicher Einwilligung der Klientinnen und Klienten oder Patientinnen und Patienten Aufzeichnungen auf Bild- oder Tonträgern über Sitzungen erstellen oder solche von Dritten mithören lassen.

Die Einwilligungserklärung der Klientinnen und Klienten oder Patientinnen und Patienten muss Angaben über die Art, den Umfang und den Verwendungszweck der Aufzeichnungen enthalten.

2.4 Honorare und Geschenke

Art. 23 Vereinbarung des Honorars und Rechnungsstellung

Mitglieder vereinbaren Honorare mit ihren Klientinnen und Klienten oder Patientinnen oder Patienten bzw. deren gesetzliche Vertretung anlässlich des Erstgesprächs, spätestens aber vor Beginn der Leistungserbringung.

Klientinnen und Klienten oder Patientinnen und Patienten haben Anspruch auf eine transparente und nachvollziehbare Rechnung und bei Barzahlung auf eine Quittung.

Art. 24 Annahme von Geschenken

Mitglieder sind bei der Annahme von Geschenken zurückhaltend. Sie verzichten auf die Annahme von Geschenken, wenn diese ihr professionelles Urteil beeinträchtigen können.

2.5 Berufsbezeichnungen und Titel

Art. 25 Verwendung von Berufsbezeichnungen und Titeln allgemein

Berufsbezeichnungen und Titel, namentlich Fach- und Weiterbildungstitel sowie schweizerische und ausländische akademische Titel, sind in Übereinstimmung mit der Bundesgesetzgebung und der kantonalen Gesetzgebung zu verwenden.

Insbesondere dürfen keine unzutreffenden oder irreführenden Berufsbezeichnungen und Titel verwendet werden.

Art. 26 Verwendung von Berufsbezeichnungen und Titeln der FSP

Mitglieder sind verpflichtet, die Berufsbezeichnung «Psychologin FSP» bzw. «Psychologe FSP», den Fachtitel «Fachpsychologin FSP» bzw. «Fachpsychologe FSP» oder andere von der FSP verliehene Titel korrekt zu verwenden. Sie halten sich an die entsprechenden Bestimmungen der FSP.

Das Recht zum Führen von Berufsbezeichnungen und Titeln der FSP erlischt unmittelbar mit Beendigung der Mitgliedschaft bei der FSP.

2.6 Werbung und Öffentlichkeit

Art. 27 Grundsätze zur Werbung

Mitglieder dürfen in sachlicher und wahrheitsgetreuer Weise für sich werben. Sie unterlassen jede Form von aufdringlicher oder irreführender Werbung.

Insbesondere dürfen Mitglieder über ihre Person, namentlich ihren beruflichen Werdegang, fachliche Qualifikationen, Kooperationen und Mitgliedschaften in Berufsverbänden, sowie über ihre Dienstleistungen informieren. Sie dürfen auch Praxiseröffnungen publizieren, Praxisbroschüren Fachstellen oder -personen bzw. entsprechende Informationen auf der persönlichen Internetseite zur Verfügung stellen und sich in Verzeichnisse aufnehmen lassen.

Hinweise auf konkrete Klientinnen und Klienten oder auf konkrete Zusammenarbeitsverhältnisse sind nur mit Einwilligung der betreffenden Klientinnen oder Klienten bzw. der Auftraggeber zulässig. Unzulässig sind Hinweise auf konkrete Patientinnen und Patienten oder die Nennung konkreter, vom Mitglied erstellter Gutachten.

Mitglieder setzen sich dafür ein, dass nicht Dritte für sie Werbung betreiben, die ihnen selbst untersagt ist.

Art. 28 Auftreten in der Öffentlichkeit

Mitglieder, die in der Öffentlichkeit, namentlich in Vorträgen, Radio- oder Fernsehsendungen oder über das Internet, beratend oder kommentierend auftreten, stützen ihre Aussagen auf wissenschaftlich fundiertes Wissen oder auf die anerkannte psychologische Praxis ab.

3. Teil Besondere Regeln für bestimmte psychologische Tätigkeiten und Berufe

Zusätzlich zu den allgemeinen Regeln der Berufsausübung gelten für die Mitglieder der FSP, die eine der folgenden psychologischen Tätigkeiten oder Berufe ausüben, die nachfolgenden besonderen Regeln.

3.1 Psychotherapie

Art. 29 Verantwortung

Die Mitglieder tragen die alleinige Verantwortung für die Rahmenbedingungen in Psychotherapien. Dies gilt auch gegenüber Kandidatinnen und Kandidaten psychotherapeutischer Weiterbildungen für deren Selbsterfahrung.

Mitglieder sind verpflichtet, Psychotherapien zu beenden, wenn Patientinnen oder Patienten nach bestem Wissen und Können keinen direkten Nutzen mehr davon haben.

Art. 30 Aufklärung

Mitglieder klären ihre Patientinnen und Patienten bzw. deren gesetzliche Vertretung in verständlicher und sachlicher Form hinreichend auf, insbesondere über:

- a) die beabsichtigten Verfahren oder Methoden und das Setting,
- b) allfällige mit der Behandlung verbundene Risiken und Behandlungsalternativen,
- c) die finanziellen Bedingungen, namentlich das Honorar oder die Vergütung durch die Grund- oder Zusatzversicherung und die Art der Verrechnung versäumter Stunden,
- d) die Schweigepflicht.

Sie klären mit den Patientinnen und Patienten insbesondere die beabsichtigten Ziele und die voraussichtliche Dauer der Behandlung.

Mitglieder weisen darauf hin, wenn sie ihre Tätigkeit in einem delegierten Verhältnis für eine Ärztin oder einen Arzt ausüben.

Art. 31 Verbot missbräuchlicher Beziehungen

Mitglieder dürfen das besondere Vertrauens- oder Abhängigkeitsverhältnis in psychotherapeutischen Beziehungen nicht missbrauchen. Ihre Verantwortung für die Patientinnen und Patienten geht jederzeit ihren persönlichen Interessen vor, und sie unterlassen insbesondere jede Form von sexueller Beziehung, finanzieller Ausbeutung oder ideologischer oder religiöser Beeinflussung.

Das Verbot missbräuchlicher Beziehungen bleibt nach Abschluss von Psychotherapien während einer dem konkreten Einzelfall angemessenen Zeitdauer, aber mindestens zwei Jahre bestehen.

3.2 Psychologische Beratung und Betreuung

Art. 32 Verweis auf die Bestimmungen zur Psychotherapie

Besteht bei psychologischen Beratungen oder Betreuungen ein vergleichbares Abhängigkeitsverhältnis wie in Psychotherapien, so richten sich die Mitglieder zu-

sätzlich zu den allgemeinen Regeln für die Berufsausübung nach den besonderen Regeln für Psychotherapien.

3.3 Gutachten und Berichte über Personen

Art. 33 Sorgfaltspflicht

Mitglieder erstellen Gutachten und Berichte über Personen mit grösstmöglicher sachlicher und wissenschaftlicher Fundiertheit, Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit sowie in der geforderten Form und Frist. Dies in Kenntnis davon, dass Gutachten und Berichte über Personen Urkunden sein können, auf deren Grundlage Gerichte und Behörden ihre Entscheide fällen.

Art. 34 Transparenz und Einsichtnahme

Gutachten und Berichte über Personen sind auf eine für die Adressaten nachvollziehbare Art zu formulieren. Mitglieder dürfen der betroffenen Person nur mit Einwilligung des Auftraggebers Einsicht in das Gutachten oder den Bericht gewähren, sofern der Auftraggeber und die betroffene Person nicht identisch sind. Sie müssen die betroffene Person vorgängig darüber informieren, falls der Auftrag eine Einsichtnahme ausschliesst.

Art. 35 Unzulässige Gutachten und Stellungnahme zu Gutachten Dritter

Gefälligkeitsgutachten sind unzulässig.

Mitglieder dürfen keine Gutachten durch Dritte ohne eigene Mitwirkung erstellen lassen. Sie dürfen Stellungnahmen zu Gutachten Dritter verfassen.

3.4 Forschung

Art. 36 Durchführung von Forschungsprojekten

Forschungsprojekte dürfen nur in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Bundesgesetzgebung und der kantonalen Gesetzgebung sowie nach den Richtlinien der Schweizerischen Gesellschaft für Psychologie durchgeführt werden.

4. Teil Schlussbestimmungen

Art. 37 Ausführungsbestimmungen

Der Vorstand kann für einzelne Tätigkeiten, namentlich für die Werbung oder für die Erstellung von Gutachten und Berichten über Personen, Ausführungsbestimmungen erlassen, soweit dies im Hinblick auf eine ethisch korrekte Berufsausübung nötig ist.

Art. 38 Verstösse gegen Bestimmungen der Berufsordnung

Bei Verstössen gegen die Berufsordnung kann gegen die betreffenden Mitglieder Beschwerde bei der Berufs-

ethikkommission (BEK) der FSP eingereicht werden, unabhängig von der Ahndung durch staatliche Behörden und Gerichtsinstanzen. Die BEK kann auch von sich aus tätig werden.

Beschwerdebeklagte Mitglieder sind verpflichtet, die BEK bei der Aufklärung der Sachlage zu unterstützen, namentlich die geforderten Auskünfte zu erteilen und die verlangten Unterlagen auszuhändigen. Sie bemühen sich auch um Befreiung vom Berufsgeheimnis durch die Klientin oder den Klienten bzw. die Patientin oder den Patienten.

Die Verweigerung der Kooperation mit der BEK oder das Nichtbefolgen ihrer Weisungen stellt eine Verletzung der Berufsordnung dar und kann sanktioniert werden.

Art. 39 Beschwerdeverfahren, Sanktionen und Massnahmen

Das Beschwerdeverfahren sowie die Sanktionen und Massnahmen sind im Reglement zur Behandlung von Beschwerden durch die BEK geregelt.

Art. 40 Genehmigung und Inkrafttreten

Diese Berufsordnung wurde am 25. Juni 2011 von der Delegiertenversammlung der FSP genehmigt. Sie ersetzt die Berufsordnung der FSP vom 16. Juni 1991, zuletzt revidiert am 1. Juni 2002.

Die Berufsordnung tritt am 1. Oktober 2011 in Kraft.

Code de déontologie

Directives d'éthique professionnelle à l'attention des membres de la FSP (code de déontologie)

Le présent code de déontologie se compose d'un préambule et de cinq parties: 1) principes éthiques, 2) introduction, 3) principes généraux relatifs à l'exercice de la profession, 4) devoirs professionnels relatifs à des activités et des professions déterminées relevant du domaine de la psychologie, et 5) dispositions finales.

Préambule

Le code de déontologie a pour but de garantir l'éthique et la qualité des prestations psychologiques, de renforcer la confiance entre les psychologues et leurs clientes et clients ou leurs patientes et patients, de préserver la bonne réputation des professions de la psychologie et de protéger le public contre toute utilisation abusive de la psychologie (art. 2 al. 2 des Statuts FSP).

Les psychologues appliquent leurs connaissances professionnelles aux vécus et aux comportements humains dans différents contextes et les perfectionnent en permanence. Le conseil, la prise en charge, la psychothérapie, le diagnostic, l'élaboration d'expertises ainsi que l'enseignement et la recherche font partie de leurs activités. Le but de leur activité professionnelle est de promouvoir le bien-être et la santé psychique des êtres humains et de contribuer à l'amélioration de leurs conditions de vie. En tant que spécialistes de tout ce qui touche au psychisme humain, les psychologues assument une responsabilité particulière à l'égard des personnes qui leurs sont confiées.

Le code de déontologie protège les droits et l'intégrité de toutes les personnes impliquées dans les activités du domaine de la psychologie ou directement touchées par celles-ci. Il s'agit en particulier des clientes et clients, des patientes et patients qui ont recours à une prestation

relevant de la psychologie, des personnes suivant une formation de base, postgrade ou continue en psychologie ainsi que des sujets de recherche participant à la recherche en psychologie.

Le code de déontologie a valeur contraignante pour les psychologues. Ceux-ci doivent exercer leur activité professionnelle en s'inspirant des normes éthiques ancrées dans le code déontologique. En adhérant à la FSP, chaque membre s'engage à le respecter. En cas d'infraction au code, une plainte peut être déposée auprès de la FSP contre le membre concerné. Les membres et les organes de la FSP s'engagent à faire connaître et à diffuser le contenu et la portée du code de déontologie.

Le code de déontologie s'inspire des Principes éthiques de la profession édictés par la Fédération européenne des associations de psychologues (EFPA): respect des droits et de la dignité de l'être humain, compétence, responsabilité et intégrité¹. Basé sur ces principes éthiques, le code de déontologie est structuré en quatre parties: les dispositions introductives relatives au champ d'application du code et son rapport avec les autres actes normatifs (1^{re} partie), les règles générales de l'exercice de la profession, qui s'appliquent à tous les domaines d'activité de la psychologie (2^e partie), les règles spéciales régissant certaines activités professionnelles spécifiques du domaine de la psychologie (3^e partie), ainsi que les dispositions finales sur la procédure applicable en cas d'infraction au code de déontologie et sur l'entrée en vigueur de celui-ci (4^e partie).

La FSP offre à ses membres conseil et soutien pour les questions relatives à l'éthique professionnelle. Elle édicte un règlement sur le traitement des plaintes déposées contre des membres pour cause d'infraction au code de déontologie.

Principes éthiques

Les principes d'éthique professionnelle se basent sur le *Meta code of ethics* de l'*European Federation of Psychologists' Associations* (EFPA). Ils constituent le fondement des dispositions suivantes du code de déontologie.

¹ *European Federation of Psychologists' Associations EFPA: Meta-Code of Ethics. Grenade 2005. cf. www.efpa.eu > Ethics.*

1. Respect des droits et de la dignité de la personne

Les membres respectent et protègent les droits fondamentaux, la dignité et la valeur de tous les êtres humains. Ils respectent en particulier leur droit à l'autonomie et à la libre détermination, à la confidentialité et au respect de la sphère privée.

2. Compétence

Les membres assurent un niveau de compétences le plus élevé possible de leurs activités psychologiques et s'emploient à le maintenir. Ils connaissent les limites de leurs compétences, de leurs connaissances professionnelles et de leurs possibilités. Ils n'appliquent par conséquent que les procédures, méthodes et techniques pour lesquelles ils sont qualifiés de par leur formation de base, postgrade et continue ou de par leur expérience.

3. Responsabilité

Les membres sont conscients de leurs responsabilités professionnelles à l'égard de leurs clientes et clients, de leurs patientes et patients, de leurs collègues, ainsi qu'à l'égard de la société. Ils évitent de porter préjudice à autrui et sont responsables de leurs actes.

4. Intégrité

Les membres font preuve d'intégrité dans le cadre de l'exercice de leur profession, qu'il s'agisse d'activités pratiques, d'enseignement ou de recherche. Ils se comportent de manière respectueuse, honnête et crédible. Ils expliquent le rôle de leur profession aux personnes concernées et agissent conformément à ce rôle.

1^{re} partie: Dispositions introductives

Art. 1 Champ d'application

Le présent code de déontologie a force obligatoire pour chaque membre de la FSP, dans la mesure où ce dernier exerce des activités relevant de la psychologie ou lorsque son comportement peut avoir une incidence sur son travail en tant que psychologue.

Art. 2 Rapport avec les codes de déontologie des associations affiliées

Si le code de déontologie de la FSP ne règle pas une question et que le code de déontologie de l'association affiliée du membre concerné donne une réponse à cette question, ce code s'applique à titre subsidiaire.

En cas de divergence entre le code de déontologie d'une association affiliée et celui de la FSP, ce dernier prévaut.

Art. 3 Rapport avec la législation

Les lois fédérales et cantonales prévalent sur le présent code de déontologie.

Les actes normatifs applicables sont notamment:

Droits fondamentaux et droits de l'homme

- Constitution fédérale de la Confédération suisse du 18 avril 1999 (RS² 101), titre droits fondamentaux
- Convention du 4 novembre 1950 de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales (CEDH; RS 0.101)
- Convention du 4 avril 1997 pour la protection des droits de l'homme et de la dignité de l'être humain à l'égard des applications de la biologie et de la médecine (Convention sur les droits de l'homme et la biomédecine; RS 0.810.2)
- Convention du 20 novembre 1989 relative aux droits de l'enfant (Convention relative aux droits de l'enfant; RS 0.107)

Droit professionnel

- Loi fédérale du 18 mars 2011 sur les professions relevant du domaine de la psychologie (Loi sur les professions de la psychologie, LPsy; RS ...)³
- Code pénal suisse du 21 décembre 1937 (CP; RS 311.0), notamment les art. 321 et 321bis (secret professionnel)
- Code civil du 10 décembre 1907 (CC; RS 210)
- Loi fédérale du 19 juin 1992 sur la protection des données (LPD; RS 235.1) et les législations cantonales sur la protection des données
- Loi fédérale du 30 mars 1911 complétant le code civil suisse (cinquième partie: droit des obligations [CO]; RS 220)
- Loi fédérale du 19 décembre 1986 contre la concurrence déloyale (LCD; RS 241)
- Loi fédérale du 13 mars 1964 sur le travail dans l'industrie, l'artisanat et le commerce (Loi sur le travail, LTr; RS 822.11)
- Loi relative à la recherche sur l'être humain du ... (Loi relative à la recherche sur l'être humain, LRH; RS ...)⁴
- Législations cantonales sur la santé

2^e partie: Règles générales applicables à l'exercice de la profession

Sur la base des principes d'éthique professionnelle, tous les membres de la FSP sont tenus de respecter les règles générales suivantes dans l'exercice de leur profession.

2.1 Devoir de diligence, compétences et gestion des conflits éthiques

Art. 4 Devoir de diligence

Les membres exercent leur profession de manière diligente et consciencieuse.

² Recueil systématique du droit fédéral, cf. www.admin.ch.

³ Applicable dès son entrée en vigueur.

⁴ Applicable dès son entrée en vigueur.

Les membres préviennent les dommages prévisibles et évitables. Ils s'efforcent d'empêcher l'usage abusif de leurs prestations.

Les membres prennent les mesures nécessaires en cas d'atteinte existante ou potentielle portée à leur capacité d'exercer.

Art. 5 Compétences

Les membres ne fournissent, sous leur propre responsabilité professionnelle, que les prestations pour lesquelles ils disposent des connaissances et compétences nécessaires acquises dans le cadre de leur formation de base, postgrade ou continue ou par leur expérience.

Lorsque les membres ne disposent pas des connaissances ou compétences nécessaires, ils refusent le mandat ou adressent les clients et clientes ou les patients et patientes à des personnes professionnellement qualifiées dans le domaine en question. Les situations d'urgence demeurent réservées.

Les membres sont soumis à une obligation de formation continue, conformément au règlement sur la formation continue.

Art. 6 Gestion des conflits éthiques

Les membres s'efforcent de détecter suffisamment tôt les situations de conflits éthiques et cherchent à les résoudre en effectuant une pesée minutieuse des biens et intérêts en présence.

En cas de doute relatif au comportement éthique qui s'impose ou si celui-ci est contraire à la législation ou à d'autres réglementations contraignantes, les membres peuvent s'adresser à la Commission de déontologie (CDD) pour se faire conseiller.

Les membres sont légitimés à annoncer à la CDD de la FSP les comportements inadéquats du point de vue de l'éthique professionnelle observés chez d'autres membres. Ils doivent s'abstenir d'accusations infondées et ne reposant pas sur des indices clairs.

2.2 Relations humaines

a) Droits et obligations généraux

Art. 7 Liberté contractuelle

Les membres sont libres d'accepter ou de refuser les mandats de clientes et clients ou de patientes et patients. Les obligations découlant du droit du travail, les mesures administratives et judiciaires ainsi que les situations d'urgence demeurent réservées.

Les membres n'imposent pas leurs prestations. Ils s'abstiennent de faire des promesses irréalistes quant au résultat des traitements, des conseils ou quant à tout autre résultat.

Art. 8 Interdiction de discriminer

Les membres n'ont pas le droit, dans le cadre de leur activité professionnelle, de discriminer quiconque, que ce soit en raison notamment du sexe, de l'âge, d'un handicap, de la race, de l'origine, du statut social, du mode de vie ou de convictions religieuses ou philosophiques. Les membres s'efforcent d'empêcher de tels comportements discriminatoires dans leur sphère d'influence.

Art. 9 Interdiction des relations abusives

Les membres n'ont pas le droit d'abuser des relations résultant de leurs activités professionnelles. Ils s'abstiennent en particulier de tout comportement importun, sexuel ou visant à profiter de quelqu'un.

Les membres renoncent à exercer toute forme d'influence idéologique ou religieuse.

Art. 10 Prévention des conflits d'intérêts

Les membres s'efforcent d'éviter d'éventuels conflits d'intérêts. Ils refusent en particulier les mandats en cas de conflit d'intérêts avéré ou potentiel.

Les membres n'entretiennent pas de relation multiple lorsque celle-ci est de nature à nuire à leur jugement ou à leur activité professionnelle. Il y a relation multiple lorsque le membre, à côté d'une relation professionnelle avec une personne, entretient une relation non-professionnelle étroite avec cette personne ou avec un proche de cette personne ou souhaite établir une telle relation.

b) Droits et obligations particuliers

Art. 11 Comportement à l'égard des clients/clientes et patients/patientes

Les membres se comportent à l'égard de leurs clientes et clients ou de leurs patientes et patients de manière professionnelle et correcte.

Les membres mentionnent clairement lorsqu'ils agissent sur mandat de tiers, en particulier sur mandat de tribunaux ou d'autorités.

Les membres informent leurs clientes et clients ou leurs patientes et patients, le cas échéant leurs représentants légaux, de manière compréhensible, objective et suffisante, en particulier sur la nature et l'étendue des traitements ou méthodes diagnostiques, thérapeutiques ou autres procédés envisagés.

Les membres mènent l'entretien initial avec la diligence requise. Ce faisant, ils s'efforcent d'éviter des tracasseries inutiles à leurs clientes et clients ou à leurs patientes et patients.

Art. 12 Comportement à l'égard des collègues

Les membres font preuve de loyauté à l'égard de la profession.

Ils se comportent de manière collégiale à l'égard de leurs collègues. En particulier:

- a) ils traitent leurs collègues avec respect et ne forment pas de critiques subjectives au sujet des activités professionnelles de ceux-ci;
- b) ils ne font pas de concurrence déloyale, par exemple en démarchant activement des clientes et clients ou des patientes et patients liés par un contrat de mandat à un(e) collègue.

Lorsqu'ils ont connaissance d'un comportement éthiquement inadéquat de la part d'un ou d'une collègue, les membres ont le droit de le lui signaler confidentiellement.

En cas de litige avec d'autres membres pour cause de comportement non collégial, les membres s'engagent à s'adresser à l'organe de conciliation de la FSP avant d'entamer une procédure civile ou pénale.

Art. 13 Comportement à l'égard des collaborateurs et des apprentis

Dans le cadre de leur domaine de compétences, les membres sont tenus d'offrir aux collaboratrices et collaborateurs et aux apprenti(e)s des conditions de travail équitables, des contrats de travail rédigés d'une manière juridiquement conforme et une formation conforme au contrat.

Au surplus, les dispositions du code des obligations et du droit du travail suisse s'appliquent (loi sur le travail et lois spéciales pertinentes).

Art. 14 Comportement à l'égard des membres d'autres professions

Les membres adoptent une attitude ouverte et coopérative à l'égard des membres d'autres groupes professionnels.

2.3 Protection des données, secret professionnel et documentation

a) Protection des données

Art. 15 Respect de la protection des données et sécurité des données

Le traitement, notamment la collecte, l'enregistrement, l'exploitation, la conservation ou la communication de données personnelles, en particulier de données sensibles relatives à la santé ou à la sphère intime, doit être conforme aux législations fédérale et cantonale.

Les membres doivent mettre en sécurité les données, en particulier celles enregistrées sur des supports de données, et les préserver de l'accès et de la prise de connaissance par des tiers non autorisés.

b) Secret professionnel

Art. 16 Principe

Les membres sont tenus de garder le secret sur tout ce qui leur a été confié ou sur ce qu'ils ont observé ou appris dans le cadre de leurs activités professionnelles.

L'obligation faite aux membres de garder le secret s'applique aussi à l'égard des proches des clientes et clients ou des patientes et patients, à l'égard de leurs collègues ainsi que de leurs supérieurs hiérarchiques.

Les membres rendent leurs collaboratrices et collaborateurs et le personnel auxiliaire attentifs à leur obligation de garder le secret et les instruisent en conséquence. Ces instructions doivent être données par écrit.

L'obligation de respecter le secret professionnel ne s'éteint pas à la fin du contrat pour autant qu'il existe un intérêt à garder le secret. Cela vaut aussi en cas du décès de la cliente et du client ou de la patiente et du patient.

Art. 17 Exceptions au secret professionnel

Les membres sont déliés du secret professionnel à l'égard de leurs collègues ou d'autres spécialistes travaillant simultanément avec les mêmes clientes et clients ou les mêmes patientes et patients, sauf si ceux-ci en décident autrement. Pour autant que cela soit indiqué, il en va de même à l'égard des personnes qui adressent la cliente et le client ou la patiente et le patient à un collègue ou spécialiste.

Les membres sont également déliés du secret professionnel à l'égard des supérieurs hiérarchiques, des collaborateurs et auxiliaires impliqués dans leurs activités de psychologue sur le plan professionnel ou administratif. Dans ces cas, les membres ne sont déliés du secret professionnel que dans la mesure où cela s'avère nécessaire pour des raisons professionnelles ou administratives.

Art. 18 Communication d'informations protégées

Les membres ne sont autorisés à communiquer à des tiers des informations soumises au secret professionnel que si la cliente ou le client, la patiente ou le patient a donné son accord, dont la preuve existe, si une loi fédérale ou cantonale l'exige, si l'autorité compétente a délié le membre concerné du secret professionnel ou en situation d'urgence aiguë.

Les membres ne doivent alors communiquer que les informations strictement nécessaires.

Art. 19 Réutilisation d'informations protégées

Les membres sont autorisés à réutiliser les informations soumises au secret professionnel à des fins didactiques, statistiques, de recherche ou de publication, à la condition qu'elles aient été rendues anonymes.

Les informations sont réputées anonymes lorsqu'il est impossible d'en déduire l'identité des clientes et clients ou des patientes et patients ou que cela n'est possible qu'en mettant en œuvre des moyens disproportionnés.

c) Documentation

Art. 20 Notes de dossiers et conservation

Les membres sont tenus de rédiger des notes suffisantes et de documenter les constatations faites et les mesures prises dans le cadre de leurs activités psychologiques. Les dossiers doivent être conservés pendant dix ans au moins.

Art. 21 Consultation et remise du dossier

Les clientes et clients ou les patientes et patients ont, sur demande, le droit de consulter leur dossier, dans la mesure où aucun intérêt supérieur de tiers ne s'y oppose. Sur demande, il y a lieu de leur remettre en mains propres une copie de leur dossier. Le refus du droit à consulter le dossier ou la rétention de la copie du dossier, en particulier pour non-paiement de notes d'honoraires, est illicite.

Art. 22 Enregistrements sur des supports vidéo et audio

Les membres ne peuvent enregistrer sur un support vidéo ou audio des séances ou laisser des tiers les écouter ou les visionner qu'avec l'accord préalable écrit des clientes et clients ou des patientes et patients. La déclaration de consentement des clientes et clients ou des patientes et patients doit indiquer la nature et l'ampleur des enregistrements ainsi que l'utilisation qui en est faite.

2.4 Honoraires et cadeaux

Art. 23 Fixation des honoraires et facturation

Les membres conviennent des honoraires avec leurs clientes et clients ou patientes et patients, le cas échéant avec leurs représentants légaux, lors du premier entretien mais au plus tard avant de commencer à fournir la prestation. Les clientes et clients ou patientes et patients ont droit à une facture transparente et compréhensible ainsi qu'à une quittance en cas de paiement en espèces.

Art. 24 Acceptation de cadeaux

Les membres font preuve de retenue en ce qui concerne l'acceptation de cadeaux. Ils y renoncent lorsque leur jugement professionnel pourrait en être affecté.

2.5 Dénominations professionnelles et titres

Art. 25 Utilisation des dénominations professionnelles et des titres en général

Les dénominations professionnelles et les titres, notamment les titres de spécialisation et de formation post-grade ainsi que les titres académiques suisses et étrangers doivent être utilisés conformément aux législations fédérale et cantonale.

En particulier, l'utilisation de dénominations professionnelles et de titres inexacts ou induisant en erreur n'est pas autorisée.

Art. 26 Utilisation des dénominations professionnelles et des titres de la FSP

Les membres sont tenus d'utiliser correctement la dénomination professionnelle « psychologue FSP », le titre de spécialisation « psychologue spécialiste en ... FSP » ou d'autres titres délivrés par la FSP. Ils respectent les dispositions de la FSP en la matière.

Le droit d'utiliser les dénominations professionnelles et titres de la FSP s'éteint immédiatement à la date où l'adhésion à la FSP prend fin.

2.6 Publicité et prestations publiques

Art. 27 Principes relatifs à la publicité

Les membres ont le droit de faire leur propre publicité de manière objective et conforme à la vérité. Ils s'abstiennent de toute forme de publicité importune ou trompeuse.

Les membres ont en particulier le droit d'informer sur leur personne, notamment leur carrière, leurs qualifications professionnelles, leurs coopérations et affiliation à des associations professionnelles ainsi que sur leurs prestations. Ils peuvent aussi publier des avis d'ouverture de cabinet, des brochures présentant leur cabinet ou mettre à disposition les informations correspondantes sur leur propre site Internet et s'inscrire dans des annuaires.

Les références à des clientes et clients précis ou à des contrats de coopération concrets ne sont autorisées qu'avec l'accord des clientes et clients, plus exactement des mandants concernés. Il est illicite de se référer à des patientes et patients précis ou de citer nommément des expertises faites par le membre.

Les membres s'engagent à empêcher que des tiers leur fassent de la publicité qu'eux-mêmes n'ont pas le droit de faire.

Art. 28 Interventions publiques

Les membres qui interviennent publiquement pour donner des conseils ou faire des commentaires, notamment lors de conférences, d'émissions radiophoniques ou télé-

visuelles ou sur Internet, étayent leurs déclarations en se basant sur des connaissances scientifiquement fondées ou sur la pratique reconnue en psychologie.

3^e partie: Règles spéciales régissant certaines activités professionnelles spécifiques du domaine de la psychologie

En sus des règles générales régissant l'exercice de la profession, les membres de la FSP exerçant l'une des activités ou professions suivantes de la psychologie sont soumis aux règles spéciales figurant ci-après.

3.1 Psychothérapie

Art. 29 Responsabilité

Les membres assument la responsabilité exclusive des conditions-cadres des psychothérapies. C'est également le cas en ce qui concerne l'expérience personnelle des candidates et candidats dans le cadre de formations post-grades en psychothérapie.

Les membres sont tenus de mettre fin aux psychothérapies lorsqu'ils jugent, en se basant sur leurs connaissances et leurs capacités, que les patientes et patients n'en retirent plus aucun bénéfice direct.

Art. 30 Information

Les membres informent leurs patientes et patients ou, le cas échéant, leurs représentants légaux, de manière compréhensible, objective et suffisante, en particulier sur:

- a) les traitements ou méthodes envisagés et le setting thérapeutique,
- b) les éventuels risques liés au traitement et les alternatives de traitement,
- c) les conditions financières, notamment les honoraires ou le remboursement par l'assurance de base ou les assurances complémentaires et le mode de facturation des heures manquées,
- d) le secret professionnel.

Ils clarifient en particulier avec les patientes et patients les objectifs poursuivis et la durée probable du traitement. Les membres indiquent s'ils exercent leurs activités sur délégation d'un médecin.

Art. 31 Interdiction de relations abusives

Les membres ne doivent pas abuser du rapport particulier de confiance ou de dépendance propre aux relations psychothérapeutiques. Ils placent en tout temps leur responsabilité à l'égard des patientes et patients au-dessus de leurs intérêts personnels. Ils s'abstiennent en particulier de toute forme de relations sexuelles, d'exploitation financière ou d'influence idéologique ou religieuse.

L'interdiction d'entretenir des relations abusives perdure après la fin de la psychothérapie, durant une période adaptée au cas d'espèce, mais pendant deux ans au moins.

3.2 Conseil et prise en charge psychologiques

Art. 32 Renvoi aux dispositions relatives à la psychothérapie

S'il existe, dans le cadre du conseil ou de la prise en charge psychologique, un rapport de dépendance comparable à celui constaté dans les psychothérapies, les membres observent, en plus des règles générales régissant l'exercice de la profession, les règles spéciales applicables aux psychothérapies.

3.3 Expertises et rapports sur les personnes

Art. 33 Devoir de diligence

Les membres rédigent leurs expertises et rapports sur les personnes avec l'objectivité, la rigueur scientifique, la diligence et la probité la plus grande possible tout en respectant la forme et le délai requis. Ce faisant, ils ont à l'esprit que les expertises et rapports sur les personnes peuvent être des documents officiels sur la base desquels les tribunaux et autorités rendent leurs décisions.

Art. 34 Transparence et accès aux dossiers

Les expertises et rapports sur les personnes doivent être rédigés de manière compréhensible pour le destinataire. Les membres ne peuvent autoriser la personne concernée à consulter l'expertise ou le rapport qu'avec le consentement du mandant, dans la mesure où celui-ci et la personne concernée ne sont pas identiques. Si le mandat exclut la consultation du dossier, les membres en informent préalablement la personne concernée.

Art. 35 Expertises illicites et prise de position sur les expertises de tiers

Les expertises de complaisance sont illicites. Les membres n'ont pas le droit de faire établir une expertise par des tiers sans y contribuer personnellement. Ils peuvent rédiger des prises de position sur des expertises de tiers.

3.4 Recherche

Art. 36 Exécution de projets de recherche

Les projets de recherche ne doivent être exécutés qu'en conformité avec les dispositions pertinentes des législations fédérale et cantonale ainsi qu'avec les directives de la Société Suisse de Psychologie.

4^e partie: Dispositions finales

Art. 37 Dispositions d'application

Pour certaines activités, notamment pour la publicité ou l'établissement d'expertises et de rapports sur les personnes, le Comité peut édicter des dispositions d'application dans la mesure où cela s'avère nécessaire dans l'optique de l'exercice éthiquement correct de la profession.

Art. 38 Infractions aux dispositions du code de déontologie

En cas d'infractions au code de déontologie, une plainte peut être déposée auprès de la Commission de déontologie (CDD) de la FSP contre le membre concerné, indépendamment d'une sanction par les autorités et instances judiciaires étatiques. La CDD peut aussi agir d'office.

Les membres faisant l'objet d'une plainte sont tenus d'aider la CDD à établir les faits, notamment de lui fournir les renseignements demandés et de lui remettre les documents exigés. Ils s'efforcent aussi d'obtenir de leurs clientes et clients ou de leurs patientes et patients qu'ils les délient du secret professionnel.

Le refus de coopérer avec la CDD ou de suivre ses instructions constitue également une infraction au code de déontologie et peut être sanctionné.

Art. 39 Procédure de plainte, sanctions et mesures

La procédure de plainte ainsi que les sanctions et mesures sont régies conformément au Règlement sur le traitement des plaintes par la Commission de déontologie (CDD).

Art. 40 Approbation et entrée en vigueur

Le présent code de déontologie a été approuvé par l'Assemblée des délégué(e)s de la FSP le 25 juin 2011. Il remplace le code de déontologie de la FSP du 16 juin 1991, révisé pour la dernière fois le 1^{er} juin 2002.

Le code de déontologie entre en vigueur au 1^{er} octobre 2011.

Codice deontologico

Direttiva in materia di etica professionale per i membri della FSP (Codice deontologico)

Il presente codice deontologico è composto da un preambolo e da cinque sezioni: 1) Principi etici, 2) Disposizioni introduttive, 3) Principi generali dell'esercizio della professione, 4) Doveri professionali per determinate attività e professioni psicologiche, nonché 5) Disposizioni finali.

Preambolo

Il codice deontologico si prefigge di assicurare l'etica e la qualità delle prestazioni psicologiche, favorire la fiducia fra le psicologhe e gli psicologi e i/le loro clienti o pazienti, preservare la reputazione delle professioni psicologiche nonché salvaguardare il pubblico da ogni applicazione abusiva della psicologia (art. 2 cpv. 2 Statuto FSP).

Le psicologhe e gli psicologi applicano le loro conoscenze psicologiche specialistiche alle esperienze e ai comportamenti umani in contesti diversi e le perfezionano correntemente. Fra le loro attività si annoverano la consulenza psicologica, l'assistenza, la psicoterapia, la diagnostica, le perizie nonché l'insegnamento e la ricerca. Lo scopo della loro attività professionale consiste nella promozione del benessere e della salute psichica degli esseri umani e nel contribuire al miglioramento delle loro condizioni di vita. Le psicologhe e gli psicologi, in quanto specialisti in ciò che concerne la psiche umana, assumono una responsabilità particolare per le persone a loro affidate.

Il codice deontologico tutela i diritti e l'integrità di tutte le persone coinvolte in un'attività psicologica o direttamente interessate dalla medesima. Ciò vale in particolare per le clienti e i clienti, risp. le pazienti e i pazienti, che fanno capo a una prestazione psicologica, per coloro che seguono una formazione, un perfezionamento o un aggiornamento in psicologia nonché per le persone

sottoposte a sperimentazione per la ricerca nel settore della psicologia.

Il codice deontologico è vincolante per le psicologhe e gli psicologi. Essi devono orientare la loro attività professionale agli standard etici ivi ancorati. Con l'adesione alla FSP ogni membro si impegna al rispetto del codice deontologico. In caso di violazioni contro il codice deontologico è possibile inoltrare un reclamo alla FSP nei confronti del membro interessato. Membri e organi della FSP si impegnano per far conoscere i contenuti e la portata del codice deontologico.

Il codice deontologico si ispira ai principi di etica professionale della Federazione Europea delle Associazioni di Professionisti Psicologi (EFPA), ossia: rispetto della dignità e dei diritti della persona, competenza, responsabilità e integrità¹. Basandosi su questi principi etici, il codice deontologico si struttura in quattro parti: le disposizioni introduttive relative al campo d'applicazione e al rapporto con altre atti normativi (1ª parte), i principi generali per l'esercizio della professione, che si applicano in tutti i settori dell'attività psicologica (2ª parte), le norme particolari per determinate attività e professioni psicologiche (3ª parte), nonché le disposizioni finali vertenti sul modo di procedere in caso di violazioni contro il codice deontologico e sull'entrata in vigore del medesimo (4ª parte).

La FSP offre ai suoi membri consulenza e sostegno nelle questioni riguardanti l'etica professionale. Essa emana un regolamento di reclamo che disciplina la trattazione dei reclami nei confronti di membri per violazioni del codice deontologico.

Principi etici

I principi di etica professionale si basano sul *Meta Code of Ethics* della *European Federation of Psychologists' Associations* EFPA. Essi costituiscono la base per le seguenti disposizioni del codice deontologico.

1. Rispetto della dignità e dei diritti della persona

I membri rispettano e salvaguardano i diritti fondamentali, la dignità e il valore di tutti gli esseri umani.

¹ *European Federation of Psychologists' Associations EFPA: Meta-Code of Ethics, Granada 2005 (cfr. www.efpa.eu > Ethics).*

Essi rispettano in particolare il loro diritto all'autonomia e all'autodeterminazione, alla riservatezza e alla sfera privata.

2. Competenza

I membri assicurano e mantengono un livello delle competenze il più elevato possibile della loro attività psicologica. Essi sono consapevoli dei limiti delle loro competenze, delle loro conoscenze specialistiche e delle loro possibilità. Di conseguenza, essi applicano unicamente procedure, metodi e tecniche per i quali essi sono qualificati grazie alla formazione, al perfezionamento, all'aggiornamento oppure all'esperienza professionale.

3. Responsabilità

I membri sono consapevoli della loro responsabilità professionale nei confronti delle loro clienti e dei loro clienti, delle loro pazienti e dei loro pazienti, delle loro colleghe e dei loro colleghi nonché nei confronti della società. Essi evitano di arrecare danni e sono responsabili del proprio agire.

4. Integrità

I membri, nell'esercizio della loro professione, sia nell'attività pratica che nell'insegnamento o nella ricerca, danno prova di un atteggiamento personale all'insegna dell'integrità. Essi si comportano in modo rispettoso, corretto e attendibile. Nei confronti degli interessati, essi espongono il loro ruolo professionale e agiscono in conformità al medesimo.

I^a parte Disposizioni introduttive

Art. 1 Campo d'applicazione

Il presente codice deontologico è vincolante per ogni membro della FSP nella misura in cui quest'ultimo esercita un'attività psicologica o il suo comportamento può avere un'incidenza sulla sua attività di psicologo o psicologa.

Art. 2 Rapporto con i codici deontologici delle associazioni affiliate

Se il codice deontologico della FSP non disciplina una questione e il codice deontologico dell'associazione affiliata del membro interessato disciplina la medesima, tale codice si applica a titolo sussidiario.

In caso di divergenze fra il codice deontologico di un'associazione affiliata e il codice deontologico della FSP, prevale quest'ultimo.

Art. 3 Rapporto con la legislazione

La legislazione federale e le legislazioni cantonali prevalgono sul presente codice deontologico.

Fra gli atti normativi determinanti si annoverano in particolare:

Diritti fondamentali e diritti dell'uomo

- Costituzione federale della Confederazione Svizzera del 18 aprile 1999 (Cost., RS² 101), parte diritti fondamentali
- Convenzione del 4 novembre 1950 per la salvaguardia dei diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali (CEDU; RS 0.101)
- Convenzione del 4 aprile 1997 per la protezione dei diritti dell'uomo e della dignità dell'essere umano riguardo alle applicazioni della biologia e della medicina (Convenzione sui diritti dell'uomo e la biomedicina; RS 0.810.2)
- Convenzione del 20 novembre 1989 sui diritti del fanciullo (Convenzione ONU sui diritti dell'infanzia; RS 0.107)

Diritto professionale

- Legge federale del 18 marzo 2011 sulle professioni psicologiche (Legge sulle professioni psicologiche, LPPsi; RS ...)³
- Codice penale svizzero del 21 dicembre 1937 (CP; RS 311.0), segnatamente artt. 321 e 321bis (segreto professionale)
- Codice civile svizzero del 10 dicembre 1907 (CCS, RS 210)
- Legge federale del 19 giugno 1992 sulla protezione dei dati (LPD; RS 235.1) e legislazioni cantonali in materia di protezione dei dati
- Legge federale del 30 marzo 1911 di complemento del Codice civile svizzero (Libro quinto: Diritto delle obbligazioni [CO]; RS 220)
- Legge federale del 19 dicembre 1986 contro la concorrenza sleale (LCSI; RS 241)
- Legge federale del 13 marzo 1964 sul lavoro nell'industria, nell'artigianato e nel commercio (Legge sul lavoro, LL, RS 822.11)
- Legge federale del ... concernente la ricerca sull'essere umano (Legge sulla ricerca umana, LRUM; RS ...)⁴
- Legislazioni sanitarie cantonali

2^a parte Principi generali per l'esercizio della professione

Sulla base dei principi di etica professionale, tutti i membri della FSP sono tenuti, nell'esercizio della professione, ad attenersi ai seguenti principi generali.

² Raccolta sistematica del diritto federale, cfr. www.admin.ch.

³ Applicabile dal momento dell'entrata in vigore della legge.

⁴ Applicabile dal momento dell'entrata in vigore della legge.

2.1 Doveri di diligenza, competenze e approccio ai conflitti etici

Art. 4 Doveri di diligenza

I membri esercitano la loro professione con diligenza e coscienziosamente.

I membri prevengono i danni prevedibili ed evitabili.

Essi si adoperano per impedire l'impiego abusivo delle loro prestazioni.

I membri adottano le misure necessarie in caso di pregiudizio attuale o potenziale ai danni della loro capacità d'agire in ambito professionale.

Art. 5 Competenze

I membri erogano, sotto la loro personale responsabilità professionale, unicamente quelle prestazioni per le quali essi dispongono, in considerazione della loro formazione, del loro perfezionamento, del loro aggiornamento o della loro esperienza, delle necessarie conoscenze e capacità.

Se i membri non dispongono delle necessarie conoscenze o capacità, essi rifiutano il mandato oppure indirizzano le clienti o i clienti, risp. le pazienti o i pazienti, a specialisti adeguatamente qualificati. Sono fatte salve le situazioni d'emergenza.

I membri sono assoggettati a un obbligo di aggiornamento continuo, conformemente al regolamento sull'aggiornamento.

Art. 6 Approccio ai conflitti etici

I membri si sforzano di riconoscere per tempo le situazioni di conflitto etico e cercano delle soluzioni alle medesime sulla base di un'accurata ponderazione dei beni e degli interessi colpiti.

In caso d'incertezza riguardo al comportamento imposto dall'etica professionale, oppure se esso è in conflitto con la legislazione o altre norme vincolanti, i membri possono rivolgersi per un consiglio alla Commissione deontologica (CD).

I membri sono autorizzati a segnalare i comportamenti discutibili dal punto di vista dell'etica professionale di altri membri alla CD della FSP. Essi devono astenersi dal muovere accuse ingiustificate e che non poggiano su chiari sospetti.

2.2 Impostazione delle relazioni umane

a) Diritti e doveri generali

Art. 7 Libertà contrattuale

I membri sono liberi di accettare o rifiutare mandati dalle clienti e dai clienti, risp. dalle pazienti e dai pazienti. Sono fatti salvi gli obblighi scaturenti dal

diritto del lavoro o da misure disposte dalle autorità o dai tribunali nonché le situazioni d'emergenza.

I membri non offrono con insistenza le loro prestazioni. Essi si astengono dal fare promesse irrealistiche riguardo agli esiti del trattamento o della consulenza o ad altri esiti.

Art. 8 Divieto di discriminazione

I membri, nell'esercizio della loro professione, non devono discriminare nessuno, in particolare in considerazione del sesso, dell'età, di una disabilità, della razza, dell'origine, della posizione sociale, dello stile di vita o delle convinzioni religiose o ideologiche.

I membri si premurano di impedire il verificarsi di comportamenti discriminatori nella loro sfera d'influenza.

Art. 9 Divieto di relazioni abusive

I membri non devono abusare delle relazioni risultanti dalla loro attività professionale. In particolare, essi si astengono da ogni tipo di comportamento importuno, sessuale o volto allo sfruttamento.

I membri rinunciano anche a esercitare ogni forma di influsso ideologico o religioso.

Art. 10 Impedimento di conflitti d'interesse

I membri si premurano di evitare l'insorgere di possibili conflitti d'interesse. Essi rifiutano in particolare i mandati in caso di conflitti d'interesse effettivi o potenziali.

I membri si astengono dall'allacciare relazioni multiple se le medesime sono atte a pregiudicare il loro giudizio o agire professionale. Vi è una relazione multipla quando il membro, oltre alla relazione professionale con una persona, intrattiene contemporaneamente uno stretto legame non professionale con la medesima o con una persona vicina alla predetta, oppure intende allacciare un legame del genere.

b) Diritti e doveri particolari

Art. 11 Comportamento nei confronti dei/delle clienti e dei/delle pazienti

I membri si comportano sempre in modo professionale e corretto nei confronti delle/dei loro clienti o pazienti. Quando i membri si attivano su ordine di terzi, in particolare di tribunali o autorità, lo segnalano sempre.

I membri espongono alle/ai loro clienti o pazienti, risp. ai loro rappresentanti legali, in modo sufficiente, comprensibile e oggettivo in particolare il tipo e la portata dei procedimenti o metodi diagnostici, terapeutici o d'altro genere che intendono applicare.

I membri conducono il colloquio informativo con la necessaria diligenza. Facendo ciò, essi si premurano di evitare ai/alle clienti o pazienti aggravati inutili.

Art. 12 Comportamento nei confronti delle colleghe e dei colleghi di lavoro

I membri si comportano lealmente nei confronti della loro categoria professionale.

I membri si comportano collegialmente nei confronti delle loro colleghe e dei loro colleghi di lavoro. In particolare:

- a) trattano con rispetto le colleghe e i colleghi di lavoro e non esprimono critiche non obiettive riguardo all'esercizio della professione da parte dei predetti;
- b) si astengono da comportamenti all'insegna della concorrenza sleale, ad esempio dall'accaparramento attivo di clienti o pazienti che hanno già un rapporto di mandato con una collega o un collega di lavoro.

I membri, qualora riconoscano un comportamento discutibile dal punto di vista dell'etica professionale da parte di una collega o di un collega di lavoro, sono autorizzati a segnalarglielo in modo confidenziale.

I membri, in caso di divergenze con altri membri per comportamento non collegiale, sono tenuti a rivolgersi all'Organo di conciliazione della FSP prima di avviare un procedimento civile o penale.

Art. 13 Comportamento nei confronti dei collaboratori e del personale in formazione

I membri, nel quadro del loro settore di competenze, sono tenuti a offrire ai collaboratori e al personale in formazione condizioni di lavoro adeguate, contratti di lavoro scritti conformi alla legge e un'istruzione conforme al contratto.

Per il resto si applicano le disposizioni del Codice delle obbligazioni e della legislazione svizzera in materia di diritto del lavoro (Legge sul lavoro e relative leggi speciali).

Art. 14 Comportamento nei confronti degli appartenenti ad altre professioni

I membri si comportano in modo aperto e cooperativo nei confronti dei membri di altre categorie professionali.

2.3 Protezione dei dati, obbligo di riservatezza e documentazione

a) Protezione dei dati

Art. 15 Conformità alla protezione dei dati e sicurezza dei dati

Il trattamento, in particolare la raccolta, la registrazione, l'utilizzo, la conservazione o la comunicazione di dati personali, in particolare di dati personali particolarmente meritevoli di protezione concernenti la salute o la sfera intima, devono avvenire in conformità alla legislazione federale e alle legislazioni cantonali.

I membri devono preservare i dati personali, in particolare quelli su supporto dati, dall'accesso e dalla presa di conoscenza da parte di persone non autorizzate.

b) Obbligo di riservatezza

Art. 16 Principio

I membri sono tenuti alla segretezza su tutto quanto è stato loro confidato o è stato da loro osservato o appreso nel quadro della loro attività psicologica.

L'obbligo di segretezza dei membri sussiste anche nei confronti dei parenti delle clienti e dei clienti o delle pazienti e dei pazienti, nei confronti delle colleghe e dei colleghi di lavoro nonché nei confronti dei superiori.

I membri richiamano l'attenzione dei propri collaboratori e del proprio personale ausiliario sul loro obbligo di riservatezza e li istruiscono adeguatamente. Tali indicazioni devono essere fissate per iscritto.

L'obbligo di riservatezza rimane in vigore oltre la cessazione del mandato, fintantoché sussiste un interesse al mantenimento del segreto. Ciò vale anche in caso di decesso della cliente o del cliente, risp. della paziente o del paziente.

Art. 17 Eccezioni all'obbligo di riservatezza

I membri sono svincolati dall'obbligo di riservatezza nei confronti delle colleghe e dei colleghi di lavoro o di altri specialisti che lavorano allo stesso tempo con le medesime clienti o i medesimi clienti, risp. con le medesime pazienti o i medesimi pazienti, fatto salvo il caso in cui questi decidano altrimenti. Ciò vale, nella misura in cui è indicato, anche nei confronti di coloro che indirizzano le clienti e i clienti o le pazienti e i pazienti.

I membri sono svincolati dall'obbligo di riservatezza anche nei confronti dei superiori, dei collaboratori e del personale ausiliari coinvolti nella loro attività psicologica sul piano professionale o amministrativo.

In tali casi i membri sono svincolati dall'obbligo di riservatezza unicamente nella misura in cui ciò è necessario per ragioni professionali o amministrative.

Art. 18 Comunicazione di informazioni protette

I membri hanno la facoltà di comunicare a terzi informazioni assoggettate all'obbligo di riservatezza unicamente se sussiste a riguardo il consenso comprovabile della cliente o del cliente, risp. della paziente o del paziente, se ciò è richiesto da una legge federale o cantonale, se l'autorità competente ha svincolato il membro interessato dal suo obbligo di riservatezza o in presenza di una situazione d'emergenza acuta.

I membri devono comunicare unicamente le informazioni strettamente necessarie.

Art. 19 Riutilizzo di informazioni protette

I membri sono autorizzati a riutilizzare le informazioni assoggettate all'obbligo di riservatezza a fini didattici, statistici, di ricerca o di pubblicazione unicamente in forma anonimizzata.

Le informazioni sono considerate anonimizzate quando non consentono di trarre deduzioni riguardo alle clienti o a clienti, risp. alle pazienti o ai pazienti concreti, oppure quando ciò è possibile unicamente con un dispendio sproporzionato.

c) Documentazione**Art. 20 Registrazione e custodia**

I membri devono allestire registrazioni sufficienti riguardo agli accertamenti fatti e alle misure adottate nel quadro della loro attività psicologica.

Le registrazioni devono essere conservate perlomeno per dieci anni.

Art. 21 Consultazione e consegna di incarti

Alle clienti e ai clienti o alle pazienti e ai pazienti deve essere concesso, su richiesta, l'esame del loro incarto; ciò nella misura in cui non vi ostino interessi preponderanti di terzi. A richiesta deve essere loro rilasciata una copia dell'incarto che li concerne.

Il rifiuto del diritto di consultazione o il trattenimento della copia dell'incarto, in particolare per il mancato pagamento di note d'onorario, è illecito.

Art. 22 Registrazioni su supporti video e audio

I membri possono approntare registrazioni su supporti video o supporti audio delle sedute oppure lasciar visionare/ascoltare i medesimi da terzi unicamente previo consenso scritto della cliente e del cliente o della paziente e del paziente.

La dichiarazione di consenso delle clienti e dei clienti o delle pazienti e dei pazienti deve contenere indicazioni riguardo alla natura, alla portata e allo scopo d'utilizzazione delle registrazioni.

2.4 Onorari e doni**Art. 23 Stipulazione dell'onorario e fatturazione**

I membri concordano gli onorari con le loro clienti e i loro clienti o con le loro pazienti e i loro pazienti, risp. con i rappresentanti legali dei predetti in occasione del primo colloquio, ma al più tardi prima dell'inizio dell'erogazione della prestazione.

Le clienti e i clienti o le pazienti e i pazienti hanno diritto a una fattura trasparente e comprensibile nonché, in caso di pagamento in contanti, a una ricevuta.

Art. 24 Accettazione di doni

I membri sono cauti nell'accettazione di doni. Essi rinunciano all'accettazione di doni se i medesimi possono arrecare pregiudizio al loro giudizio professionale.

2.5 Denominazioni professionali e titolo**Art. 25 Corretto utilizzo delle denominazioni professionali e dei titoli in generale**

Le denominazioni professionali e i titoli, segnatamente i titoli di specializzazione e di perfezionamento nonché i titoli accademici svizzeri ed esteri, devono essere utilizzati in conformità alla legislazione federale e cantonale.

In particolare non devono essere utilizzati denominazioni professionali e titoli inesatti e ingannevoli.

Art. 26 Utilizzo delle denominazioni professionali e dei titoli della FSP

I membri sono tenuti ad utilizzare correttamente le denominazioni professionali «Psicologa FSP», risp. «Psicologo FSP», il titolo di specializzazione «Psicologa specializzata FSP», risp. «Psicologo specializzato FSP» o altri titoli conferiti dalla FSP. Essi si attengono alle corrispondenti disposizioni della FSP.

Il diritto di fregiarsi delle denominazioni professionali e dei titoli della FSP si estingue immediatamente con la cessazione dell'affiliazione alla FSP.

2.6 Pubblicità e pubblico**Art. 27 Principi inerenti la pubblicità**

I membri hanno il diritto di farsi pubblicità in modo obiettivo e veritiero. Essi si astengono da ogni forma di pubblicità invadente o ingannevole.

I membri hanno in particolare il diritto di fornire informazioni sulla loro persona, in particolare sulla loro carriera professionale, sulle loro qualifiche specialistiche, cooperazioni e affiliazioni ad associazioni professionali nonché sulle loro prestazioni. Essi possono anche pubblicare avvisi di apertura dello studio, mettere a disposizione gli opuscoli del proprio studio a servizi specializzati o specialisti, risp. le informazioni corrispondenti, sulle loro pagine Internet personali e iscriversi nelle directory. Riferimenti a clienti precise/i o a rapporti di collaborazione concreti sono ammessi unicamente con l'accordo delle clienti o dei clienti interessate/i, risp. del mandante. Sono illeciti i riferimenti a pazienti precise/i o la citazione di pareri concreti allestiti dal membro.

I membri si adoperano affinché terzi non facciano pubblicità a loro favore in modalità a loro stessi vietate.

Art. 28 Interventi in pubblico

I membri che compaiono in pubblico, fornendo consulenze o rilasciando commenti, segnatamente alle con-

ferenze, in emissioni radiofoniche o televisive oppure tramite Internet, sono tenuti a poggiare le loro affermazioni su conoscenze scientifiche fondate oppure sulla prassi psicologica riconosciuta.

3^a parte Norme particolari per determinate attività e professioni psicologiche

Oltre alle norme generali per l'esercizio della professione, per i membri della FSP che esercitano una delle seguenti attività o professioni psicologiche vigono le seguenti norme particolari.

3.1 Psicoterapia

Art. 29 Responsabilità

I membri assumono la responsabilità esclusiva per le condizioni quadro nelle psicoterapie. Ciò vale anche nei confronti delle candidate e dei candidati nell'ambito dei perfezionamenti psicoterapeutici per quanto concerne la loro esperienza personale.

I membri sono tenuti a porre fine alle psicoterapie quando le pazienti o i pazienti, secondo le migliori conoscenze e capacità, non ne traggono più alcun beneficio diretto.

Art. 30 Informazione

I membri illustrano alle loro pazienti e ai loro pazienti, risp. ai loro rappresentanti legali, in modo comprensibile e oggettivo, in particolare quanto concerne:

- a) il trattamento o i metodi prospettati e il setting,
- b) eventuali rischi connessi al trattamento e alle alternative di trattamento,
- c) le condizioni finanziarie, segnatamente l'onorario o il rimborso da parte dell'assicurazione di base o delle assicurazioni complementari nonché la modalità di computo di eventuali ore perse,
- d) l'obbligo di riservatezza.

Essi chiariscono con le pazienti e i pazienti in particolare gli obiettivi perseguiti e la presumibile durata del trattamento.

I membri, qualora esercitino la loro attività su delega per conto di un medico, lo segnalano.

Art. 31 Divieto di relazioni abusive

I membri non devono abusare del particolare rapporto di fiducia o dipendenza nelle relazioni psicoterapeutiche. La loro responsabilità nei confronti delle pazienti e dei pazienti prevale in qualsiasi momento sui loro interessi personali ed essi si astengono in particolare da ogni forma di relazione sessuale, sfruttamento finanziario o influsso ideologico o religioso.

Successivamente alla cessazione delle psicoterapie, il

divieto di relazioni abusive rimane in vigore per un lasso di tempo adeguato al singolo caso concreto, tuttavia perlomeno per due anni.

3.2 Consulenza e assistenza psicologica

Art. 32 Rinvio alle disposizioni relative alla psicoterapia

Se nel quadro della consulenza o assistenza psicologica sussiste un rapporto di dipendenza equiparabile a quello delle psicoterapie, i membri si orientano, oltre che alle norme generali per l'esercizio della professione, alle regole particolari per le psicoterapie.

3.3 Perizie e rapporti sulle persone

Art. 33 Dovere di diligenza

I membri allestiscono perizie e rapporti su persone con le maggiori fondatezze oggettive e scientifiche, diligenze e scrupolosità possibili, nonché nella forma e nei tempi richiesti. Ciò in conoscenza del fatto che le perizie e i rapporti sulle persone possono configurare documenti sulla base dei quali tribunali e autorità adottano le loro decisioni.

Art. 34 Trasparenza e consultazione

Le perizie e i rapporti su persone devono essere formulati in modo comprensibile per il destinatario.

I membri possono concedere unicamente con l'autorizzazione del mandante la consultazione della perizia o del rapporto alla persona interessata se il mandante e la persona interessata non sono identici. Essi devono informare preventivamente la persona interessata se il mandato esclude la consultazione.

Art. 35 Perizie illecite e prese di posizione su perizie di terzi

Le perizie di compiacenza sono illecite.

I membri non possono far allestire nessuna perizia da terzi senza contribuire personalmente alla medesima. Essi possono allestire prese di posizione su perizie di terzi.

3.4 Ricerca

Art. 36 Esecuzione di progetti di ricerca

I progetti di ricerca possono essere condotti solo in conformità alle disposizioni della legislazione federale e delle legislazioni cantonali nonché alle direttive della Società Svizzera di Psicologia.

4^a parte Disposizioni finali

Art. 37 Disposizioni d'attuazione

Il Comitato direttivo può emanare disposizioni d'attuazione per singole attività, in particolare per la pubblicità o per l'allestimento di perizie e rapporti sulle persone, nella misura in cui ciò è necessario nell'ottica di un esercizio della professione eticamente corretto.

Art. 38 Violazioni delle disposizioni del codice deontologico

In caso di violazioni del codice deontologico è possibile inoltrare reclamo alla Commissione deontologica (CD) della FSP nei confronti del membro fallibile, a prescindere dalla condanna da parte di autorità statali e istanze giudiziarie. La CD può anche attivarsi di propria iniziativa.

I membri oggetto di un reclamo sono tenuti a sostenere la CD nel chiarimento della fattispecie, in particolare a rilasciare le informazioni richieste e a consegnare i documenti sollecitati. Essi si premurano anche di ottenere lo svincolo dal segreto professionale da parte della cliente o del cliente, risp. della paziente o del paziente. Il rifiuto di cooperazione con la CD o l'inosservanza delle direttive di quest'ultima rappresentano una violazione del codice deontologico e possono essere sanzionate.

Art. 39 Procedimento di reclamo, sanzioni e misure

Il procedimento di reclamo nonché le sanzioni e le misure sono disciplinati nel Regolamento per la trattazione dei reclami da parte della CD.

Art. 40 Approvazione ed entrata in vigore

Il presente codice deontologico è stato approvato il 25 giugno 2011 dall'Assemblea dei delegati della FSP. Esso sostituisce il Codice deontologico della FSP del 16 giugno 1991, sottoposto per l'ultima volta a revisione il 1° giugno 2002.

Il codice deontologico entra in vigore il 1° ottobre 2011.

